

PRESSEMITTEILUNG

## Ökonomen bezweifeln Machbarkeit des Sparpakets

**Berlin, 10. Juli 2010 - Deutsche Ökonomieprofessoren haben sich in einer Umfrage dafür ausgesprochen, dass der Bundeshaushalt stärker durch Ausgabenkürzungen als durch eine Erhöhung der Einnahmen konsolidiert werden sollte. Zugleich zweifeln viele Wissenschaftler daran, dass das Sparpaket der Bundesregierung wie geplant umgesetzt werden kann.**

Im Ergebnis einer Befragung von 87 Professoren für Wirtschaftswissenschaften an deutschen Hochschulen im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und der WirtschaftsWoche bewerten zwei Drittel der Ökonomen das Sparpaket als geeignet, um die Anforderungen der „Schuldenbremse“ zu erfüllen. Ein Drittel hält die beschlossenen Maßnahmen für eher ungeeignet. Insgesamt empfehlen die Wissenschaftler, dass Ausgabenkürzungen einen Beitrag von 69 Prozent und Einnahmeerhöhungen einen Beitrag von 31 Prozent zur Haushaltskonsolidierung leisten sollten. Das liegt nahe an der tatsächlich geplanten Balance des Sparpakets.

Die Mehrzahl der Wissenschaftler äußert jedoch Zweifel an der Umsetzbarkeit einzelner Sparmaßnahmen. So halten 68 Prozent der Ökonomen eine Finanzmarktabgabe für eher nicht realistisch, 51 Prozent zweifeln an der geplanten Effizienzverbesserung in der Arbeitsvermittlung. In den Bereichen Subventionsabbau und Beteiligung von Unternehmen an der Haushaltskonsolidierung schätzen die Experten die geplanten Maßnahmen wie Abschaffung von Energiesteuer-Vergünstigungen, Erhebung einer Brennelemente-Steuer oder Abführung der Bahn-Dividende an den Bund mehrheitlich als machbar ein. Auch die Begrenzung des Elterngeldes betrachtet eine große Mehrheit von 72 Prozent der befragten Ökonomen als eher unproblematisch.

Die überwiegende Mehrheit der Experten sieht Erweiterungsbedarf für das Sparpaket vor allem beim Abbau von Subventionen. Sechs von zehn Wirtschaftsprofessoren sprechen sich für den Abbau von Finanzhilfen und für eine weitgehende Streichung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes aus. Bei Steuererhöhungen halten sich Befürworter und ablehnende Stimmen die Waage, so in der Frage einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes oder einer Erhöhung der Erbschaftssteuer. Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer lehnen 45 Prozent der Ökonomen eindeutig ab, weitere 21 Prozent halten diese Idee für eher ungeeignet.

Das IW-Expertenvotum befragt vier Mal im Jahr Ökonomen als Experten zur aktuellen Politik. Angeschrieben werden hierfür 250 Professoren für Wirtschaftswissenschaften an deutschen Universitäten. Konzipiert wird die Kurzbefragung von der IW Consult, einer Tochtergesellschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. Diese Befragungsrunde konzentrierte sich mit vier Fragen auf die Bewertung des Sparpaketes der Bundesregierung. Die Experten wurden zwischen dem 18. Juni und 30. Juni 2010 online befragt. Teilgenommen haben an der Befragung insgesamt 87 Experten.

**Mehr Informationen im Internet unter [www.deutschland-check.de](http://www.deutschland-check.de)**

### **Pressekontakt:**

Konrad Handschuch, WirtschaftsWoche, Tel. 0211-8872-118, [konrad.handschuch@wiwo.de](mailto:konrad.handschuch@wiwo.de)  
Christoph Windscheif, INSM, Tel. 030-27877-177, [windscheif@insm.de](mailto:windscheif@insm.de)